

## NIEDERSCHRIFT

### über die 33. Beratung des UVO - Ausschusses am 06.03.2013

**Ort:** Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG  
**Beginn:** 18:00 Uhr  
**Ende:** 21:55 Uhr  
**Anwesenheit:** siehe Anwesenheitsliste

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung; Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Eröffnung der Sitzung und Begrüßung der anwesenden Gäste und Mitglieder des UVO-Ausschusses. Es wird festgestellt, allen Mitgliedern sind die Unterlagen rechtzeitig und vollständig zugegangen. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

#### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 06.03.2013**

Herr Kühne, Anwohner in der Straße An der Stammbahn, hat Rederecht zum TOP 6.1. -Maßnahmen gegen die nicht genehmigte Installation von Parkflächen auf gemeindeeigenen Grünflächen (DS-Nr. 011/13) - beantragt.  
Frau Sahlmann beantragt auf Grund des Rederechts den TOP 6. 1 vorzuziehen, und zwar hinter TOP 5.2 – Schriftliche Informationen der Bauverwaltung.  
Abstimmung des Rederechts: 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen  
Abstimmung zum Antrag von Frau Sahlmann: 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen  
Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

#### **TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 09.01.2013**

Es liegt eine schriftliche Einwendung gegen die Niederschrift von Herrn Bittroff vor. Diese bezieht sich aber nicht auf die Niederschrift selbst, sondern sie stellt zwei Anfragen dar zum Winterdienst und in diesem Zusammenhang zur Aufstellung der Schilder (72-h-Regelung). In Abstimmung mit Herrn Bittroff wird die Einwendung als schriftliche Anfrage zur Beantwortung an die Verwaltung aufgenommen (s. TOP 8). Herr Tauscher weist darauf hin, dass auf der Seite 3 des Protokolls der erste Satz unvollständig sei.  
Der Hinweis wird überprüft.  
Die Niederschrift wird ansonsten festgestellt.

**TOP 4      Offene Fragenliste**

**Lfd.-Nr. 1 - Erstellung einer Energiebilanz**

Die Energiebilanz liegt vor (s. auch TOP 5.2.2).

**Lfd.-Nr. 2 – Zwischenbericht zum Verlauf des Projektes Bioenergieregion Ludwigfelde ...**

Voraussichtlicher Zwischenbericht in einer der nächsten Sitzungen.

**Lfd.-Nr. 3 – Pfützenbildung Straße Märkische Heide – Ist es sinnvoll, die Fugen der Pflastersteine mit Beton auszufüllen, denn ...?**

Ja, denn die Pfützenbildung war vor der Reparatur sogar noch größer. Augenblicklich ist der beste Zustand durch diese Reparatur erreicht.

**Lfd.-Nr. 4 – Informationsblatt – Streusalz auf den Gehwegen**

Eine Information für den nächsten Winter ist durch die Verwaltung vorgesehen. Diese Information wird sich nicht nur auf das Streusalz beziehen, sondern auf das Reinigen generell. Zurzeit werden seitens der Verwaltung sämtliche durch die Reinigung entstandenen Schäden aufgenommen, ausgewertet und Handlungsempfehlungen abgeleitet. Weiterhin wird die Verwaltung prüfen, ob die Gemeinde per Satzung das Reinigen auf unbefestigten Gehwegen durch Maschinenfahrzeuge untersagen könne. Wie darüber informiert wird, ist noch offen: über ein Informationsblatt oder Presse oder Internet.

Herr Grubert ergänzt, dass die schlimmsten Schäden nicht durch den Bauhof entstanden sind, sondern durch Firmen, die privat beauftragt wurden.

Herr Bittroff gibt den Hinweis, auch die Gehwege zu berücksichtigen, die mit Gehwegplatten ausgestattet sind.

Frau Sahlmann sieht ein weiteres Problem in dem Salzeintrag auf Straßen und Pfuhe (Schädigung des natürlichen Wasserhaushaltes).

Der Ausschussvorsitzende sieht vor, den Leiter des Bauhofes zur nächsten Sitzung einzuladen, um die Winterwartung auszuwerten und um die eben genannten Themen zu besprechen.

**Lfd.-Nr. 5 – Änderung der Parkordnung in der Ernst-Thälmann-Straße**

Die Änderung der Parkordnung wurde umgesetzt (Wohnmobil).

**Lfd.-Nr. 6 – Übergabe der DIN 13201**

Die DIN 13201 wurde mit den Sitzungsunterlagen versandt.

Frau Dr. Kimpfel nimmt an der Sitzung teil.

**TOP 5      Informationen der Verwaltung**

**TOP 5.1      Mündliche Informationen der Bauverwaltung**

Herr Dr. Prüger wird als neuer Fachdienstleiter Tiefbau/Gemeindegrün/Stadtwirtschaft vorgestellt. Er ist unter der Telefon-Nr. 8 77 21 51 und der E-Mail [gunther.prueger@kleinmachnow.de](mailto:gunther.prueger@kleinmachnow.de) zu erreichen.

Frau Neidel informiert

- zur Versagung Tempo 30 in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr in der Straße Hohe Kiefer,
- zur Versagung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von Tempo 30 im Einmündungsbereich Meiereifeld und Thomas-Müntzer-Damm auf den Zehlendorfer Damm (beantragt von einem Bürger),
- zur Versagung, dass Kfz mit einem Gesamtgewicht von über 3,5 t nicht auf dem Thomas-Müntzer-Damm fahren dürfen (beantragt von einem Bürger),
- zur Versagung von Tempo 30 auf dem Thomas-Müntzer-Damm,
- zur Versagung von abschnittweisem Tempo 30 auf der Straße Hohe Kiefer zwischen Ernst-Thälmann-Straße und Förster-Funke-Allee sowie auf der Werner-Seelenbinder-Straße bis zur Einmündung Seeberg,
- über die am 07.03.2013 stattfindende Beratung im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin zum Thema „Schnelles Fahrradsystem“ auf der S-Bahn/Stammbahntrasse,
- über das vom 14. bis 19.04.2013 stattfindende Projekt „Autofreie Schulen“,
- zum Granatenfund am Kanalwanderweg im Abschnitt zwischen Rammrathbrücke und Friedensbrücke,
- über die vom Landkreis Potsdam-Mittelmark initiierte Aktion zur Aufstellung zweier Säulen „Achtung Schulkinder“ im Bereich der Maxim-Gorki-Gesamtschule.
- Im Rahmen der neuen Richtlinie des Landkreises für Schulwegsicherung wird die Verwaltung einen Antrag stellen zur Aufstellung eines Drängelgitters, und zwar von Lange Reihe kommend und in Richtung Förster-Funke-Allee durch die Schluppe fahrend (Ring am Feld). Es wird so aufgestellt werden, dass weder Rollstuhlfahrer, Fahrradfahrer mit Anhänger noch Kinderwagen bei der Durchfahrt beeinträchtigt werden.
- Am 17.03.2013 tagt die Lenkungsgruppe für das integrierte Verkehrsentwicklungskonzept.

#### Herr Dr. Prüger informiert

- zur erfolgten Ausschreibung der Fußgängerbedarfsampeln in den Straßen Hohe Kiefer und Thomas-Müntzer-Damm, Angebote sind eingegangen und ein Eröffnungstermin sei erfolgt. Am 20.03.2013 erfolge das Vergabegespräch. Geplante Aufstellung der Ampeln nach Ostern. Dieselbe Information erhielt der Bauausschuss in seiner Sitzung am 11.03.2013. In der Sitzung des Bauausschusses gab es doch einige Irritationen, weil es nicht unbedingt so gesehen wird, dass diese Fußgängerbedarfsampeln errichtet werden sollen.
- Die Schäden, die durch Frostaufbrüche entstanden sind, seien in diesem Jahr gering (z. B. Heidefeld, Steinweg, Förster-Funke-Allee, E.-Thälmann-Straße) und werden jetzt nach und nach beseitigt. Die Kosten könnten jetzt nicht beziffert werden; sollen sich aber gering halten. Eine Information zur Kostenschätzung zu den Winterschäden legt die Verwaltung zu nächsten Sitzung vor.

Herr Dr. Klocksin nimmt Bezug auf die beiden Lichtsignalanlagen, die seitens der Gemeinde in der Straße Hohe Kiefer und Thomas-Müntzer-Damm vorgesehen sind und informiert, dass der Bauausschuss einstimmig die weitere Verfolgung dieses Projektes abgelehnt habe und er könne nur empfehlen, dass dieser Ausschuss dies auch tue, damit die Verwaltung hier eine präzise Handlungsanweisung habe - für beide Standorte.

Herr Bürgermeister Grubert äußert sich überrascht über die Einstellung des Bauausschusses, da die Verwaltung seit 2011 regelmäßig in beiden Ausschüssen über den

Fortgang der Lichtsignalanlagen informiere und nimmt Bezug auf das Protokoll des Bauausschusses vom 21.09.2011 und zitiert noch einmal das Schriftliche. Weiterhin sieht der Bürgermeister zwei Probleme:

1. Im Moment sei nicht bekannt, ob er als Bürgermeister berechtigt sei, eine öffentliche Ausschreibung bei dieser Ausgangslage aufzuheben, ohne Schadenersatzansprüchen gegenüber dem Gewinner der Firma gegenüberzustehen.

2. Die Untere Verkehrsbehörde habe auf Nachfrage eindeutig mitgeteilt, dass auf dem Thomas-Müntzer-Damm ein Fußgängerüberweg gar nicht genehmigungsfähig sei wegen der erhöhten Verkehrsbelastung. Dort käme überhaupt gar nichts anderes als eine Bedarfsampel in Frage. Die Kfz-Belastung pro Stunde liege über der Genehmigungsfähigkeit eines Fußgängerüberweges.

Die Untere Verkehrsbehörde wurde gebeten, die Sache in der Straße Hohe Kiefer noch einmal kurzfristig zu überprüfen, ob es nicht doch noch eine andere Möglichkeit gebe.

Herr Dr. Klocksin äußert sich, dass es ihm furchtbar leid tut, auch von ihm nicht immer die Aufmerksamkeit mitgebracht wird, die vielleicht angemessen wäre. Das liege zu guten Teilen daran, dass viele noch anderen Tätigkeiten als die der ehrenamtlichen Tätigkeit des Gemeindevertreters/der Gemeindevertreterin nachkommen und insofern mag das eine oder andere nicht mit der genügenden Aufmerksamkeit verfolgt werden. Dafür könne er sich nur entschuldigen.

Herr Dr. Klocksin führt weiter aus, dass es zu keinem Zeitpunkt, das werde die Protokollführung hergeben, eine Beschlussfassung über eine solche Maßnahme gab. Im Bauausschuss, und das könne er für die Vergangenheit sagen, wurde zu keinem Zeitpunkt eine solche Maßnahme befürwortet. Was sei im konkreten Fall zu tun? Herr Dr. Klocksin sei sich sehr sicher, und das wurde auch sehr heftig im Bauausschuss am Montag diskutiert, dass die Ausschreibung sehr wohl aufgehoben werden könne und dann bliebe es eben so, wie es ist. Und dies im Zweifel die bessere Lösung sei, als einen weiteren Schritt zur Verampelung dieser Gemeinde zu organisieren. Deshalb könne er hier nur um Verständnis werben. Er nehme die Anregung mit, sich noch intensiver und präziser abzustimmen über einzelne Maßnahmen, die aus diesem Maßnahmenkatalog Verkehrsorganisation abgeleitet werden.

Herr Bürgermeister Grubert schlägt vor, dieses Thema auf die Tagesordnung des Hauptausschusses zu setzen. Wenn Ausführungen hinsichtlich Rücknahme und Schadenersatz gewünscht sind, dann möchte er dazu im nicht öffentlichen Teil informieren.

#### **Herr Tauscher zu Protokoll:**

Ich erwarte, dass bei strittigen Geschichten die Wortmeldungen Berücksichtigung finden.

Wir, genauso wie der Bauausschuss, sind beratende Ausschüsse, die Empfehlungen aussprechen können, aber nie eine rechtsetzende Wirkung in diesem Sinne eigenständig entfalten. Wenn das Problem in den Hauptausschuss gebracht wird, unter Abwägung aller rechtlicher Dinge die dort möglich sind, ist zumindest, wenn die Dringlichkeit geboten ist, die zuständige Stelle dann der Hauptausschuss. Das ist so. Aber, ich finde es etwas überraschend, uns als UVO-Ausschuss, der schließlich auch für die Verkehrsthematik zuständig ist, nur mitgeteilt wird, der Bauausschuss war dagegen und jetzt müssen wir auch dagegen sein. Da würde ich schon gerne etwas genauer diskutieren wollen - wo sind eigentlich die Probleme. Ich stehe voll hinter dem gesamten Konzept, aber wir sind nicht im Rahmen unserer kommunalen Selbstverwaltung zuständig für die Durchsetzung des Verkehrsrechts. Aber, wir müssen immer wieder versuchen, zu argumentieren und ich bin auch unglücklich über die mangelhafte Ausschöpfung des Ermessens der entsprechenden Unteren Verkehrsbehörde. Das Thema bedarf dann vielleicht doch einer ausführlichen Diskussi-

on. Wenn Sie die entsprechenden rechtlichen Würdigungen und Belange in den Hauptausschuss hineinbringen, dann können wir uns auch in der Fraktion verständigen.

**Frau Sahlmann zu Protokoll:**

Ich möchte meine Kritik zu Protokoll geben an dem Verfahren hier im UVO, dass willkürlich Redner herankommen, obwohl andere sich vorher gemeldet haben. Ich sehe das schon auch ein bisschen als Diskriminierung der Frauen an. Ich hatte mich vor Herrn Dr. Klocksin gemeldet und ich dachte, dass das aufgenommen wurde.

Herr Musiol erwidert, dass er ausschließlich nach der Reihenfolge der Wortmeldungen vorgeht und Frauen von ihm nicht diskriminiert werden. Bei der Sitzordnung könne Frau Sahlmann die Reihenfolge der Wortmeldungen, besonders aus dem hinteren Bereich, gar nicht überblicken.

Nachfrage von Herrn Gutheins bezüglich der Ampelanlagen: Was ist im Haushalt 2013 bezüglich der beiden Standorte vorgesehen? Ein FGÜ oder Ampelanlagen?

Beantwortung Herr Bürgermeister Grubert:

Die Verwaltung und der Bürgermeister haben einen Antrag auf einen FGÜ gestellt und sie sind mindestens 100%ig der Meinung, dass in der Straße Hohe Kiefer ein FGÜ besser wäre, als eine Ampel. Im Thomas-Müntzer-Damm sei es so, dass die Untere Verkehrsbehörde eindringlich gesagt habe, dass es dort gar keine Möglichkeit gäbe für einen FGÜ. Rechtlich sei dort nichts zu machen, dort gibt es nur eine Bedarfsampel. Im Haushalt sei eine Bedarfsampel eingestellt.

Herr Gutheins: Geh ich dann recht in der Annahme, der Haushalt ist ja durch die Gemeindevertreter beschlossen worden, dass damit ein FGÜ und eine Bedarfsampelanlage beschlossen worden sind?

Beantwortung Herr Bürgermeister Grubert: Es sind beide Male Bedarfsampeln. Im letzten Jahr wurde darüber informiert, dass nur die Genehmigung zur Errichtung von Bedarfsampeln vorliegt; seit dem 14.11.12 wurde in regelmäßigen Abständen dazu vorgetragen. Somit stehen im Haushalt 2013 die zwei Bedarfsampeln am Thomas-Müntzer-Damm und an der Hohen Kiefer sowie die Kosten. Mit der Ausschreibung wurde im vergangenen Jahr begonnen. Die Auswertung, die Submission und die Vergabe an den Gewinner waren in diesem Jahr. Am 20.03.2013 erfolgt das Vergabegespräch.

Keine weiteren Nachfragen. Ende der Diskussion.

<b>TOP 5.1.1 Allgemeine mündliche Informationen</b>
---

Frau Neidel informiert über

- die Möglichkeiten zur Verbesserung und Sicherheit für Radfahrer im Meiereifeld:  
Hier geht es um die Gehwegerneuerung; die Einladung der Bürger, Anlieger und Eigentümer zur Info-Veranstaltung sei im Frühjahr geplant; die Vorlage einer Entscheidungsgrundlage in dem Ausschuss sei danach geplant. Ziel sei es, im Jahr 2013 einen Grundsatz- bzw. Errichtungsbeschluss zu haben. In Bezug auf den Seitenstreifen wurde erläutert, dass es sich hierbei um eine farbliche Markierung der Fahrbahn handelt; die Fahrbahn werde dadurch nicht

- verbreitert.
- Umgestaltung des OdF-Platzes: Ein konkreter Vorschlag erfolgt zur nächsten Sitzung.
  - Umgestaltung „Stern“: Hier wurde untersucht, welche Möglichkeiten sich für die Platzgestaltung ergeben. Durch den Leitungsbestand sei es nicht möglich, Bäume oder tiefwurzelnde Sträucher zu pflanzen. Unter Einbeziehung von Fachleuten wird es wohl zu einem Flachbewuchs kommen. Priorität liegt hier auf dem sichtbaren Verschwinden des Glascontainers (von ober- nach unterirdisch).

Auf Nachfrage von Herrn Musiol hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung der Maßnahmen informiert Herr Bürgermeister Grubert, dass die Umgestaltung OdF-Platz und „Stern“ in 2013 nicht vorgesehen sei.

Frau Blancke, Frau Heilmann, Herr Schmidt nehmen an der Sitzung teil.

<b>TOP 5.2</b>	<b>Schriftliche Informationen der Bauverwaltung und Meinungsbildung</b>
----------------	---

<b>TOP 6.1</b>	<b>Maßnahmen gegen die nicht genehmigte Installation von Parkflächen auf gemeindeeigenen Grünflächen</b>	<b>107/10</b>
----------------	--	---------------

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Gemeindevertretung eine aktualisierte und vollständige Liste der „ungenehmigten Parkplätze“ in Kleinmachnow vorzulegen, wirksame und nachhaltige Maßnahmen gegen die nicht genehmigte Installation von Parkflächen auf gemeindeeigenen Grünflächen zu ergreifen und über deren Umsetzung bis zur wesentlichen Beseitigung des Problems kontinuierlich Bericht zu erstatten.

Herr Kühne, Anwohner An der Stammbahn 27, nahm sein Rederecht wahr und ging auf die Parksituation in dieser Straße ein. Er erläuterte, keine Möglichkeit zu haben, sein Fahrzeug auf dem Grundstück zu parken.

Herr Bürgermeister Grubert führt aus:

Die Verwaltung bzw. das Ordnungsamt habe nichts ohne Ankündigung verteilt. Was man hätte machen können, woran zu dem damaligen Zeitpunkt aber niemand dachte, wäre die Verteilung einer Postwurfsendung für alle fünf beteiligten Straßen gewesen. Es wurde über drei Monate der Hinweis an die Falschparker verteilt, dass ihr Parken eine Ordnungswidrigkeit darstelle, dass von den Verwarnggebühren abgesehen werde, aber gleichzeitig mit der Bitte, nicht mehr auf der Grünfläche zu parken. Erst danach, Anfang Dezember, habe das Ordnungsamt angefangen, abzustrafen.

Der Punkt sei von ihm auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil der Beschluss aus 2010 nicht so eindeutig sei, wie er jetzt hier geschildert werde; er ließe zumindest noch etwas offen. Weiterhin teilt Herr Bürgermeister Grubert mit, dass eine juristische Aufarbeitung erfolgt sei und ging kurz darauf ein.

Der Ausschussvorsitzende sieht keine Zweideutigkeit im Beschlusstext.

Folgende Überlegungen/Punkte wurden angesprochen:

- keine Aufweichung des Beschlusses; ggf. Ausnahmeregelungen für die

- betroffenen Reihenhäuser
- Gleichheitsgrundsatz im gesamten Ort beachten
  - Erhaltung „Grüner Ort“
  - eventuelles Einrichten von Halteflächen bei Bedarfswällen, dann Anwohnerparkausweise
  - Differenzierung nach der Grundstücksgröße
  - möglichst keine oder nur begründete Ausnahmen
  - Zum Parken Beantragung der Nutzung des öffentlichen Straßenlandes; eventuell ohne Gebühr, auch hier Einzelfallprüfung.

**Herr Tauscher zu Protokoll:**

Der Bürgermeister hat zutreffend vorgelesen, wie der Beschlusstext lautet. Dass nämlich er, der Herr Bürgermeister beauftragt wurde, der Gemeindevertretung eine aktualisierte und vollständige Liste vorzulegen. Ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass wir eine solche Übersicht mal vorgelegt bekommen hätten. Ich spreche mich dafür aus, dass man die Einzelfälle, von denen vorhin die Rede war, sorgfältig prüft. Uns ging es ja darum, dass die Grünstreifen nicht nur durch Schadstoffe beschädigt werden; nicht nur verdichtet werden, sondern auch von den Autos ausgehende Schadstoffe in das Erdreich eindringen. Das muss man auch noch einmal aussprechen. Also ich bin dafür und wir hatten es damals auch in breiter Mehrheit beschlossen. Es muss individuelle Anpassungen geben können und deshalb diese Aufstellung. Ich habe keinen redaktionellen Anteil an der Abfassung dieses Textes damals gehabt, ich sage nur (noch) wenn man solche Übersicht mal hat, welche Fallgruppen gibt es denn dabei, dass man vielleicht auch miteinander auch die Unterstützung für die Verwaltung ggf. zustande bekommt oder aber auch beratend helfen kann, dass man dann zu unterschiedlichen Lösungen kommt. Also ich bin dafür, wir müssen das nicht nur betrachten, sondern auch daran arbeiten.

**Frau Sahlmann zu Protokoll:**

Was mir jetzt hier fehlt, ist eine Zusammenfassung des Meinungsbildes. Also, wenn ich das hier jetzt richtig aufgefasst habe, war eine mehrheitliche Äußerung, dass wir zu diesem Beschluss stehen, den es seit 2010 gibt, das wir möchten, dass die Verwaltung und das Ordnungsamt es umsetzt und dass wir aber auch Einzelfallprüfungen, wie beispielsweise Reihenhäuser, nochmals geprüft haben wollen.

Der Ausschussvorsitzende fasst die Diskussion und das Meinungsbild folgendermaßen zusammen: Der Beschluss ist vollumfänglich umzusetzen, Einzelfälle sind ggf. vorzutragen und zu beraten.

**An der Diskussion beteiligten sich:**

Frau Sahlmann, Herr Gutheins, Fr. Dr. Kimpfel, Herr Fritzsche, Frau Blancke, Herr Baumgraß,  
Herr Tauscher

**TOP 5.2.1    Arbeitsstand Maßnahmenkatalog Verkehrsorganisation vom  
21.09.2010 (Stand Januar 2013)**

**INFO 35-13/09**

Kurze Erläuterungen durch Frau Neidel.  
Es gibt keine Nachfragen.

**TOP 5.2.2    Weiterführung des Energieberichtes der Gemeinde Kleinmachnow**

**INFO 005/13**

**vom 03. November 2009**

Die Information wurde den Ausschussmitgliedern nachgereicht.  
Kurze Erläuterungen durch Frau Neidel. Weiterhin könne Herr Piekarski urlaubsbedingt nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen. Es sei vorgesehen, diesen Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung des UVO-Ausschusses zu nehmen. Die schon jetzt aufgetretenen Fragen bittet Frau Neidel zu stellen und die noch auftretenden Nachfragen bittet sie per E-Mail an Herrn Piekarski zu senden, um diese dann zielgerichtet in der nächsten Sitzung beantworten zu können.

Nachfragen von Frau Beutler:

1. Bei 6. Darstellung des Energieverbrauches der Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen steht am Textende: ... (Lichtkegel, Lichtfarbe) erfüllen. Die Hinter dem Wort „Die“ komme kein Text mehr. Sei das so beabsichtigt oder ein Versehen?
2. Betrifft die Anlage 2 Tabelle 1 Zusammenfassung der berechneten Gebäudekennwerte: Wie kann man aus der Tabelle erkennen, dass der Energiebedarf dem Energieverbrauch der einzelnen Gebäude gegenübergestellt ist?

Herr Gutheins:

Seine Anfrage ziele auch so in die Richtung. Die einzelnen Gebäude untereinander sind nicht so in Relation zu setzen, also Kita 1 mit Kita 2. Es gibt umgerechnet auf den m<sup>2</sup> Nutzfläche Werte. Könne man diese noch mit reinnehmen?

„Das nächste ist, im laufenden Text ist Bezug darauf genommen worden, dass in einigen Gebäuden Baumaßnahmen stattgefunden haben und somit Bauwasser dort verbraucht worden ist, der mit dem eigentlichen zweckgebundenen Hauptzweck des Gebäudes nichts zu tun hat. Gleiches gilt auch für Baustrom. Ich kenne das von meinen Baustellen so, dass extra Zähler für Baustrom und –wasser gesetzt werden. Könne man das nicht heraus bereinigen, um das wirkliche echte Ergebnis ablesen zu können, was der Hauptnutzung des Gebäudes entspricht, wo eine Baumaßnahme in keinsten Weise zuzählt, das ist ein Sonderfall. Bei dem einen war es ein Baustrom in der Trockenlegung. Die Stromrechnung springt dann auf den dreifachen Wert des Jahresbedarfes hoch und das verfälscht dann natürlich jegliche Berechnung und Darstellung.“

Frau Sahlmann bedankt sich für die Information, auch ein Dank geht an Herrn Piekarski, für die sehr gute und ausführliche Arbeit.

**Frau Sahlmann zu Protokoll:**

Es gibt den Beschluss, dass gemeindeeigene Dächer für Photovoltaikanlagen nicht öffentlich ausgeschrieben werden sollen. Wie sieht die Verwaltung dann die Chance, dass wir hier auf dem Dach des Rathauses eine Photovoltaikanlage endlich bekommen und wann?

Die Fragen wurden nicht beantwortet. Sie werden an Herrn Piekarski zur Beantwortung weitergeleitet.

**TOP 5.2.3 Rechtliche Bewertung der Verkehrssicherheitsanforderungen auf den gemeindeeigenen Waldflächen in Bezug auf das BGH-Urteil vom 02. Oktober 2012**

**BAU 002/13**

Frau Neidel erläutert die Information und geht insbesondere auf die zwei Fallgrup-

pen, die atypischen und typischen Waldgefahren ein. Die typischen Waldgebiete, die in erster Linie den forstwirtschaftlichen Aspekten dienen und die atypischen Fälle, wie hier in Kleinmachnow, die eine Bedeutung als Grünzug, als Erholungsfunktion haben und die auch als Verkehrsflächen genutzt werden. Dazu gehöre der Bannwald mit seinem Weg auf dem spazieren gegangen und auch Fahrrad gefahren wird. Insofern sei hier eine Verkehrssicherungspflicht eine andere, als in normalen Waldflächen. Nach dieser rechtlichen Bewertung seien zwei weitere Flächen mit dem Bannwald vergleichbar, und zwar die Waldfläche um den Duellpfuhl und die Waldfläche am Stolper Weg, dort wo auch ein Spielplatz integriert ist. Nur in diesen drei genannten Waldgebieten sei die Verkehrssicherungspflicht wahrzunehmen.

Herr Musiol fragt nach zum Stand der Umsetzung der eigentlichen Maßnahmen aus der Liste, die in der Januarliste 2013 verteilt worden ist.

Frau Neidel erwidert, dass sich die geplanten Fällungen von insgesamt 700 auf 548 Fällungen reduziert haben (s. Anlage 2 – Durchführung der Regelkontrolle Herbst 2012 von Waldgebieten mit ausgeprägten Schadmerkmalen im Bereich von Waldflächen im Gemeindegebiet Kleinmachnow – Differenzierung/Pflege vom 05.02.2013).

Herr Bürgermeister Grubert ergänzt, dass die Verkehrssicherungspflicht in den drei atypischen Waldgebieten seitens der Verwaltung bereits ausgeführt wurde.

<b>TOP 5.2.4</b>	<b>Neupflanzung von Bäumen und Sträuchern auf öffentlichen Grünflächen der Gemeinde Kleinmachnow im Frühjahr 2013</b>	<b>BAU 001/13</b>
------------------	---	-------------------

Frau Neidel erläutert kurz die Fachinformation; auch sei in Zukunft geplant, neben den lateinischen auch die deutschen Namen für die Bäume aufzuführen.

***Pause von 20.10 Uhr bis 20.20 Uhr***

<b>TOP 5.3</b>	<b>Mündliche Informationen des Ordnungsamtes</b>
----------------	--

Es gibt keine mündlichen Informationen des Ordnungsamtes.

<b>TOP 5.3.1</b>	<b>Anleinplicht für Hunde</b>
------------------	-------------------------------

Frau Neidel informiert darüber, dass vier zusätzliche Schilder im Bannwald aufgestellt werden sollen, die die Hundebesitzer darauf aufmerksam machen, dass im Wald eine Anleinplicht für Hunde bestehe. Das Ordnungsamt führe auch verstärkt Kontrollen durch (Hundebesitzer werden angesprochen und entsprechend hingewiesen).

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gesetzt.

<b>TOP 5.4</b>	<b>Schriftliche Informationen des Ordnungsamtes</b>
----------------	---

<b>TOP 5.4.1</b>	<b>Verfahrensstatistik Gemeindeamt Kleinmachnow vom 01.01.2012 bis 31.12.2012</b>	<b>UVO 002/13</b>
------------------	---	-------------------

Die Fachinformation wurde mit den Sitzungsunterlagen verteilt.

Anfrage von Herrn Dr. Haase:

Wo fließen die Beträge, die die Gemeinde einnimmt, hin? Bleiben diese bei uns oder gehen sie zum Landkreis?

Beantwortung durch Herrn Bürgermeister Grubert:

Was diese Statistik betrifft, verbleiben die Einnahmen bei uns.

Die Einnahmen des Landkreises bleiben beim Landkreis (Info-Nr. 003/13).

<b>TOP 5.4.2</b>	<b>Statistik der Verkehrsüberwachung des Landkreises Potsdam-Mittelmark für das Jahr 2012</b>	<b>UVO 003/13</b>
------------------	---	-------------------

Die Fachinformation wurde mit den Sitzungsunterlagen verteilt.

Es gibt keine Nachfragen, keine Diskussion.

<b>TOP 5.4.3</b>	<b>Hundetoiletten der Gemeinde Kleinmachnow</b>	<b>UVO 005/13</b>
------------------	---	-------------------

Die Fachinformation wurde mit den Sitzungsunterlagen verteilt.

Herr Grubert erläutert kurz die Fachinformation. Es werde noch überlegt, eventuell noch eine weitere zu den in der Fachinformation 005/13 vorgesehenen 5 Hundetoiletten aufzustellen, und zwar in dem Bereich der Rudolf-Breitscheid-Straße.

<b>TOP 6</b>	<b>Informationen, Diskussionen und Beschlussempfehlungen</b>
--------------	--

<b>TOP 6.2</b>	<b>Entwurf Lärmaktionsplan, Stufe 2, hier: erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden</b>	<b>DS-Nr. 011/13</b>
----------------	--	----------------------

1. Der aktualisierte Entwurf des Lärmaktionsplanes für die Gemeinde Kleinmachnow, 2. Stufe (vgl. Anlage) wird gebilligt.
2. Die Anregungen und Hinweise, die im Rahmen der ersten Information und Mitwirkung der Öffentlichkeit sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf im Zeitraum vom 09.08. bis 17.09.2010 eingegangen sind, wurden geprüft. Das Prüfergebnis ist in den unter „Anlage II“ beigefügten Abwägungstabellen dargestellt.
3. Zu dem aktualisierten Entwurf sind entsprechend § 47 d Abs.3 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) die Öffentlichkeit sowie die von der Lärmaktionsplanung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (z. B. Straßenbaulastträger) zu hören.  
Der Bürgermeister wird beauftragt, die Öffentlichkeit durch eine Auslegung des aktualisierten Entwurfes sowie eine ergänzende Erörterungsveranstaltung zu be-

teiligen. Hierzu sind angemessene Fristen mit einer ausreichenden Zeitspanne vorzusehen.

Frau Neidel erläutert die Beschlussvorlage. Eine Bürgerinformationsveranstaltung sei geplant; das Datum werde rechtzeitig bekanntgegeben.

Frau Huckshold verteilt die Informationsnummer 006/13 – Entwurf Lärmaktionsplan, Stufe 2, erneute Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden (ergänzende Information zur DS-Nr. 011/13), hier: Zeitplanung.

Alle Nachfragen wurden beantwortet.

**Abstimmung der DS-Nr. 011/13:**

5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimm-Enthaltung = mehrheitlich empfohlen

**An der Diskussion beteiligten sich:**

Frau Beutler, Herr Gutheins, Frau Sahlmann, Frau Dr. Kimpfel, Herr Dr. Haase, Herr Musiol

**TOP 6.3**

**Durchführung des Brandenburgischen Ladenöffnungsgesetzes (BbglÖG)**

**DS-Nr. 005/13**

Die anliegende Ordnungsbehördliche Verordnung zur Freigabe verkaufsoffener Sonn- und Feiertage aus Anlass von besonderen Ereignissen im Jahre 2013 wird beschlossen.

Kein Erläuterungsbedarf seitens der Verwaltung.

Herr Tauscher bezieht sich auf den § 1 Satz: „Diese Freigaben gelten für das gesamte Gemeindegebiet Kleinmachnow.“ Das heißt, im gesamten Gemeindegebiet Kleinmachnows sollen an dem Tag alle Geschäfte geöffnet haben? Dies verstehe er nicht und das so zu organisieren, dass man es so haben möchte, finde er über das angestrebte Ziel hinausgehend.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder konnte den Bedenken von Herrn Tauscher nicht folgen.

Herr Bürgermeister Grubert erläutert: Es wurde sich vorher mit den Gewerbetreibenden des Rathausmarktes abgestimmt, so wie auch in den vergangenen Jahren. Die Gewerbetreibenden waren damit einverstanden. Ein gewisser Gleichheitsgrundsatz sei geboten.

**An der Diskussion beteiligten sich:** Herr Tauscher, Frau Heilmann, Herr Schmidt, Frau Dr. Kimpfel

**Abstimmung der DS-Nr. 005/13:**

4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Stimm-Enthaltung = mehrheitlich empfohlen

**TOP 6.4**

**Information und Meinungsbildung zur Umsetzung der Entwicklung des straßenbegleitenden Grünstreifens Ginsterheide (Konzept vom 03.05.2012 als Anhang)**

Herr Musiol erläutert, diesen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung gesetzt zu haben, weil das Konzept vom 03.05.2012 in der Sitzung des UVO am 21.05.2012 an-

ders vorgestellt und diskutiert wurde.

Herr Dr. Prüger erläutert wie folgt:

„Das Konzept 2012 ist damals im belaubten Zustand aufgenommen worden (6900 m<sup>2</sup> Fläche). Der Planer habe sich große Mühe gegeben, die Intensionen der Veränderung dieser Fläche, nämlich von einer „vergammelten“ durchwachsenen Fläche, einer ungestalteten Fläche in eine gestaltete Kulturlandschaft umzuplanen und umzubauen. Das Konzept sei vorgestellt worden und es gab eine umfangreiche Ausarbeitung mit Einzelbäumen dargestellt und Flächen dargestellt, was sich der Planer damals im belaubten Zustand vorgestellt hat, wie man das umgestalten kann. Die Maßnahme ist ausgeschrieben worden und im Umsetzungsprozess sind dann drei Baustellenbegehungen zur Umsetzung diese Maßnahme durchgeführt worden. Es wurde dann im unbelaubten Zustand einen Auswahlprozess vorgenommen wie sich die Sache dann eben im unbelaubten Zustand darstellt. In der Tat sei es so, dass teilweise Sachen gelassen und teilweise Bäume abgeholzt wurden. Die Intension dieser Umgestaltung waren Licht- und Raumkonkurrenten zu entfernen, minderwertige Gehölzarten (Robinie, Spitzahorn) weichen dem höherwertigen Gehölz, nämlich Eiche, Linde und Birke, komplette Entfernung der Traubenkirsche, Beachtung der Verkehrssicherheit der Straße und lichtdurchlässige Quartiere für die Neupflanzung sollen geschaffen werden.

Bei den drei Begehungsterminen, u. a. mit Frau Schreiber und Herrn Höhn, sei festgestellt worden, dass man es so nicht machen könne, wie es einmal geplant war. Die Abstimmung mit dem Fachausschuss sei nicht optimal gelaufen und Herr Dr. Prüger entschuldigt sich dafür. Gleichwohl haben sich die Verwaltung und der Fachplaner sehr große Gedanken gemacht, wie man diese Sache umsetzen könne. In der Bilanz sei es dann so, dass laut Konzept 75 Bäume erhalten bleiben sollten und es seien aber nur 74 erhalten worden. Also 1 Baum sei zu viel gefällt worden. Aber abweichend aus dieser Bilanz sind 28 Bäume erhalten und dafür 29 andere Bäume gefällt worden. So dass in der Bilanz ein Baum zu viel gefällt worden ist. Das alles ist einzeln abgegangen und aufgenommen sowie katalogisiert worden, so dass sich jetzt ein etwas anderes Bild darstellt, als das was Sie vorgestellt bekommen haben. Das ist nicht in Ordnung, aber im Grunde genommen, sei eine fachgerechte Entscheidung getroffen worden.“

Herr Musiol führt aus, dass das Konzept stark von dem abweiche, was beschlossen wurde; 40 % seien anderes ausgeführt worden, als geplant und beschlossen. Ein Planer, der im belaubten Zustand eine Fläche nicht besser einschätzen kann, sollte nicht noch einmal beauftragt werden.

Herr Bürgermeister Grubert führt aus:

Die Verwaltung sei davon ausgegangen, dass im Wesentlichen das Konzept, das im Mai 2012 vorgestellt wurde, ausgeführt werde. Bei solch einer Abweichung wäre es notwendig gewesen, den Ausschuss darüber zu informieren. Er sei entsetzt von einer solch großen Abweichung. Er werde dafür Sorge tragen, dass ein solcher Fall nicht wieder vorkomme.

Mehrere Ausschussmitglieder fragen immer wieder nach, wer die Entscheidung zu verantworten habe; liege der Fehler bei der Verwaltung oder beim Landschaftsplaner? Wieso, weshalb, warum wurden Änderungen vorgenommen; sind sie fachlicher Art gewesen?

Herr Grubert führt aus, dass er den Fehler mit zu verantworten habe, auch persönlich; Namen werde er aber nicht nennen.

**Herr Tauscher zu Protokoll:**

Ich finde es wohltuend, Herr Bürgermeister, wenn Sie so klare Worte hier sagen und deutliche Kritik an dem Ablauf üben. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass man auf Grund dieses Konzeptes nur durchgeht und sagt, der muss weg, der muss weg, der muss weg, ohne eine Dokumentation. Sondern, man muss doch auch beim unbebauten Zustand dann durchgehen und sagen, die Nr. 7 kann stehenbleiben, weil dies und jenes zu berücksichtigen ist. Aber, dafür kommt die Nr. 8 weg. Dafür kann es ja Begründungen geben. Es wäre gut, wenn Sie im Nachgang dem Ausschuss diese Dokumentation zur Verfügung stellen, damit wir sehen, was man sich gedacht hat. Über die mangelnde Information brauchen wir gar nicht mehr zu reden, weil das artikuliert und kritisiert wurde und ein wichtiges Anliegen für uns war. Und insofern hilft vielleicht auch diese Erfahrung den Mitarbeitern, dass es eben kein Privatbetrieb ist, sondern dass sie Ausführende in dem Falle sind. Denn das ist kommunale Selbstverwaltung, da sind wir als Gemeindevertretung insgesamt die Weisungsstelle die das beschließt und das ist dann umzusetzen. Ich bin als Laie nicht in der Lage zu sagen, ob dieser Baum an der Stelle richtig ist, oder weg muss oder nicht. Das ist nicht meine Sache, sondern es geht um die Korrektheit, wie schon mehrere gesagt haben. Sind die Pläne eingehalten worden, oder nicht? Und wenn sie abweichen, muss man nachweisen, es hat die und die Gründe gegeben und aus diesen Betrachtungen heraus sind wir, Unterzeichner, zu dem Ergebnis gekommen. Und darum bitte ich, dass das nachgereicht wird.

Herr Bürgermeister Grubert: Solch eine Dokumentation liegt der Verwaltung vor. Diese wird dem Protokoll beigelegt (s. Anlage 3 – Stellungnahme vom 21.02.2013 zu den Abweichungen zwischen dem Konzept 2012 und der Realisierung 2013).

**Frau Dr. Kimpfel zu Protokoll:**

Ich kann nur dazu sagen Herr Bürgermeister, dass wir hier mit dem Landschaftsgärtner zusammen diskutiert haben und dass ich eigentlich der Meinung war, dass ein Landschaftsgärtner in der Lage ist, wenn er uns einen Plan vorlegt, er hat uns ja einen Plan vorgelegt, wir haben gesagt, was machen wir, wie soll es aussehen. Das der sagen muss, nein Leute, das ist nicht gut, da habt ihr eine Verschattung, da kann der nicht wachsen. Er hat seinen Plan vorgestellt. Ich kann mir jetzt nicht vorstellen, dass ein Landschaftsgärtner so wenig Erfahrung hat, den Sie uns vorschlagen und den Sie uns ja hier gebracht haben als Fachmann, dass der so wenig Erfahrung hat, dass plötzlich das Grünflächenamt sagt, es geht nicht. Es wäre interessant, was der Landschaftsgärtner dazu sagt. Denn er muss ja nun sagen, wir diskutieren hier ewig, die müssen ja völlig eine Macke haben in diesem Ausschuss. Ich habe die Erfahrung im Grünflächenamt gemacht. Dort hatte ich die Situation mit den Mitarbeitern, als es um den Steinwegpark geht. Und dort haben sie gesagt, das ist ihre Entscheidung, was dort gepflanzt wird und was dort wekommt. Und da habe ich gesagt: Das ist nicht Ihr Vorgarten. Sie müssen mal aufhören zu denken, dass sie hier entscheiden, was bei uns in den Parks und auf den Straßen steht und was nicht. Und diese Einstellung und es war wirklich so, dass wir uns angefangen haben zu streiten, weil, die waren der Meinung, wir entscheiden das und das geht sie (als Gemeindevertreter) nichts an. Und da habe ich gesagt: also Leute, mit der Einstellung, dann müssen Sie sich einen Garten kaufen, ein Grundstück kaufen, dann können Sie entscheiden, was Sie wollen. Aber das ist öffentlich und das entscheiden die Bürger in dieser Gemeinde. Das ist eine Einstellung, die diese beiden Mitarbeiter haben.

Erwiderung Herr Bürgermeister Grubert:

„Wir sollten die Sache jetzt ein bisschen herunterholen. Was ich Ihnen gerne überbringe, ist die Auflistung, die Herr Tauscher gefordert hat. Wenn Herr Musiol meint, dass es sinnvoll ist, den Planer noch einmal einzuladen, dann muss er hierher kommen und das erläutern. Die Stunden werde ich ihm dann auch nicht bezahlen. Von der Grundsache möchte ich klar sagen und das unterstelle ich dem Planer als

auch den Mitarbeitern oder davon gehe ich aus, dass die Verwaltung der Gemeinde Kleinmachnow, dass sie das Ziel im Auge gehabt haben, etwas Vernünftiges zu schaffen. Und hinsichtlich des Steinwegparks, den ich gar nicht kenne, sind Ihre Ausführungen so unpräzise, dass ich darauf nicht antworten möchte, weil sie auch ziemlich verquer sind, Frau Dr. Kimpfel.

Frau Dr. Kimpfel: „Solche Aussagen kann ich hier nicht stehen lassen. Ich möchte bitte, dass das zu Protokoll genommen wird, dass der Bürgermeister solche Aussagen fällt.“

Herr Bürgermeister Grubert: Was von meinen Aussagen zu Protokoll kommt, das sage ich alleine. Sie können nicht bestimmen, ob meine Aussagen zu Protokoll kommen; aber ich möchte sie zu Protokoll haben.

Der Ausschuss sprach sich eindeutig dafür aus, dass sich solch ein Fall nicht wiederholen darf. Wenn sich so etwas wieder abzeichnen sollte, müsse der Ausschuss benachrichtigt und das Thema noch einmal diskutiert werden.

**An der Diskussion beteiligten sich:**

Herr Musiol, Herr Tauscher, Frau Sahlmann, Frau Dr. Kimpfel, Herr Heinze, Herr Schmidt, Frau Blancke, Herr Gutheins

Frau Heilmann verlässt um 21.15 Uhr die Sitzung.

**TOP 7 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

**TOP 8 Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung**

**Anfragen von Frau Sahlmann zum Stand Umsetzung „Masterplan Fahrrad“:**

Der Masterplan Fahrrad wurde auf Anregung der Agenda-Gruppe Verkehr und als Antrag einer Fraktion am 14.05.2009 in der GV als Beschluss eingebracht und mehrheitlich von allen Fraktionen beschlossen. Die Verwaltung wurde damit beauftragt, ein Grundlagenpapier zu erarbeiten. Am 18.11.2010 wurde das Grundlagenpapier, erarbeitet von der PGV Hannover, beschlossen und der Auftrag zur Umsetzung mit einem Maßnahmenkatalog und Dringlichkeitsstufen erteilt. Die Endfassung des „Masterplanes Fahrrad,“ wurde im UVO-Ausschuss am 14.11.2012 vorgestellt und in Aussicht gestellt, dass durch die Verwaltung ein Beschlussvorschlag dazu eingebracht wird. Seit dem sind 3 Monate vergangen.

Warum befindet sich der Beschlussvorschlag jetzt im Februar noch nicht in den Ausschüssen der Gemeindevertretung?

Wann wird der Beschlussvorschlag zum Masterplan Fahrrad eingebracht?

Welche Haushaltsmittel werden in diesem und in den nächsten 3 Jahren für die Umsetzung des Masterplanes Fahrrad eingeplant?

Beantwortung Frau Neidel:

Andere Verwaltungsvorgänge hatten höhere Priorität; aber ein Beschlussvorschlag als Leitbild sei schon formuliert, dieser könnte im nächsten Sitzungsdurchlauf vorliegen. Im Haushalt sind ausreichend Mittel für die Umsetzung der ersten Maßnahmen

enthalten.

**Anfragen von Frau Dr. Kimpfel:**

Ich habe beobachtet, dass Bürger mit Erlaubnis des Bauhofes Bäume im Bannwald fällen, die mit einem Kreuz gekennzeichnet sind.

1. Werden uns diese Bäume trotzdem in Rechnung gestellt?
2. Wie ist das versicherungstechnisch, wie wird das gehandhabt?
3. Ist es jetzt erlaubt, dass jeder privat mit seinem Auto in den Bannwald fährt, um einen Baum zu fällen?
4. Was ist mit dem Baumgeld? Normalerweise koste es ja Geld, wenn ich Bäume/Holz aus dem Wald mitnehme?

Beantwortung Herr Bürgermeister Grubert:

Grundsätzlich sei es so, dass seitens der Verwaltung keine Genehmigungen zur Fällung von Bäumen für Privatpersonen erteilt werden. Das war früher der Fall.

Laut Bauhof gab es in einem Fall eine Genehmigung zur Fällung eines Baumes, und zwar in dem Stück zwischen Karl-Marx-Straße und Steinweg. Dieser Baum werde der Verwaltung nicht in Rechnung gestellt. Diesen einen Fall werde er noch aufklären und im nächsten Ausschuss darüber informieren oder schriftlich beantworten.

**weitere Anfrage von Frau Dr. Kimpfel:**

Es betrifft das Parken auf den Fußwegen Am Weinberg. Frau Dr. Kimpfel habe wieder Fotos zugesandt bekommen; diese seien wohl auch an die Verwaltung gegangen. „Weiß davon jemand etwas?“

Beantwortung Herr Bürgermeister Grubert:

Es ist so, dass 20 Fotos an die Verwaltung gesandt wurden. Es betrifft das Parken auf den Gehwegen am letzten Samstag (02.03.2013) in der Straße Am Weinberg. Diese werden seitens der Verwaltung als Ordnungswidrigkeit behandelt.

**weitere Anfrage von Frau Dr. Kimpfel:**

Es gebe ja eine Änderung im Jagdgesetz, dass die Wildschweine auch innerhalb der geschlossenen Ortschaft jetzt ohne Sondergenehmigung gejagt werden dürfen. Gibt es dort Straßen, wo man sagt, dort dürfe gejagt werden oder läuft das nur über den Wald? Wie wird das gehandhabt? Wie handhabt jetzt das die Gemeinde? Frau Dr. Kimpfel bittet um schriftliche Beantwortung der Frage.

**Herr Tauscher zu Protokoll:**

Ich habe das Problem, zu dem eben Diskutierten, dass wir ein bisschen auf der Denunziationsspur sind. Ich kann mich erinnern, dass wir hier im Ausschuss ausdrücklich gehört haben: Ja, das können wir nicht verwenden, dieses oder jenes Fotos. Es muss vom Außendienstmitarbeiter selbst erfasst werden. So wurde es uns hier auch einmal gesagt. Wenn sich die Rechtsauffassung, Herr Bürgermeister, geändert haben sollte, dass also durch Fotos, durch solche Hinweise, ein Tätig werden der Verwaltung ausgelöst wird, ist das zur Abstellung der Beschwerde/der Schwierigkeiten sicherlich sinnvoll. Vorhin ist der Herr Dr. Burckhard zitiert worden. Dieses „Aus-dem-Fenster-gucken“ und der steht wieder falsch und den muss ich jetzt anzeigen, diese Mentalität ist durchaus problematisch. Ich habe mich aber zu etwas ganz anderem gemeldet: Wann wird das Straßenschild Ring am Feld an der Einfahrt zu dieser Straße (vom August-Bebel-Platz kommend) aufgestellt? Die Frage wurde nicht beantwortet. Übernahme in die OP-Liste.

**Anfrage von Frau Blancke:**

Gibt es einen Termin für die Umsetzung der Gestaltung der Grünfläche zwischen Franzosenfichten und Johannistisch?

Beantwortung Frau Neidel:

Wir haben uns vorgenommen, in 2013 ein Konzept zu erarbeiten und das dann hier im Ausschuss zu diskutieren.

**Anfrage von Frau Sahlmann:**

Der Radweg in der Ernst-Thälmann-Straße, im Bereich OdF-Platz bis Steinweg, der als Gehweg deklariert wurde, Wann erfolgt die Aufstellung von den Schildern Fußgänger? Denn es scheint niemandem der Fahrer dort bewusst zu sein, dass es sich um einen Fußweg handelt.

Beantwortung von Frau Neidel:

Die rote Markierung im Kreuzungsbereich wird demnächst zurückgebaut. Es sei nicht angedacht, Schilder Gehweg aufzustellen.

**Anfrage von Herrn Musiol:**

Wie ist aus Sicht der Verwaltung der zeitliche Ablauf für die Planung 3. BA Pflege- und Entwicklungskonzept Bannwald?

Beantwortung Frau Neidel:

Die Begehung 3. BA soll im Frühjahr erfolgen. Herr Büsch soll wieder beauftragt werden. Die Umsetzung ist im Herbst 2013 geplant.

**Anfrage von Herrn Bittroff:**

Meines Wissens teilte uns die Verwaltung, ich glaube Frau Leibner mit, dass die Schilder für den Winterdienst in den engen Straßen 72 Stunden vor dem Schneefall bzw. Eisglätte umgedreht werden. Am 03.02.2013 gegen 18.00 Uhr waren keine Schilder gedreht, so dass sie wirksam werden können. Am 04.02.2013 nach 01.00 Uhr stellte ich fest, dass es anfang zu schneien. Um ca. 06.30 stellte ich fest, dass der Winterdienst im Einsatz ist. Jedoch waren immer noch keine Schilder gedreht worden. Ich bitte nun zu prüfen, ob in der Sitzung des UVO-Ausschusses diese Aussage enthalten ist und wer diese getätigt hat. Erst am 08.02.2013 nach 12:00 Uhr wurden die Schilder in Wolfswerder umgedreht.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

<b>TOP 9</b>	<b>Sonstiges (bitte vorher anmelden)</b>
--------------	--

Es liegt nichts vor.

Der Ausschussvorsitzende schließt um 21.50 Uhr die öffentliche Sitzung.

Kleinmachnow, den 26.03.2013

Frank Musiol  
Vorsitzender des UVO - Ausschusses

Anlagen

1. Anwesenheitsliste
2. Durchführung Regelkontrolle Herbst 2012 von Waldbäumen ... vom 05.02.2013
3. Stellungnahme vom 21.02.2013 zu den Abweichungen zwischen dem Konzept 2012 und der

Realisierung 2013)